

## **Kapitel II Zentrale Handlungsfelder**

### **1. Deutsche Sprache / Schulische Bildung**

#### **Allgemeine Aussagen**

Gute Deutschkenntnisse sind die Grundlage für qualifizierte Schulabschlüsse und damit auch für den Zugang zu einer Ausbildung und zum Arbeitsmarkt. Sie sind die Basis für ein eigenständiges Leben und für gesellschaftliche Teilhabe.

Eine früh einsetzende, gezielte Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen ist deshalb von großer Bedeutung.

Kindertageseinrichtungen sind häufig die ersten Orte, an denen umfassend und gezielt Deutsch gelernt und gesprochen wird. Als Einrichtungen an der Schnittstelle zum Übergang in die Schule haben sie eine Schlüsselposition für den weiteren Bildungsweg und tragen in hohem Maße dazu bei, die Zukunftsperspektiven von Kindern zu gestalten.

Da sich die Gruppen kulturell und sprachlich immer heterogener gestalten, stehen Kindertageseinrichtungen und ihr pädagogisches Personal vor großen Herausforderungen, die spezifische Kenntnisse erfordern.

Die erste zentrale Schnittstelle im Bildungsweg der Kinder stellt der Übergang in die Grundschule dar. Von großer Bedeutung ist an dieser Stelle die intensive Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen, um eine Kontinuität der Förderung und eine Nachhaltigkeit der Lernfortschritte zu gewährleisten.

Obwohl die meisten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und eine Kindertageseinrichtung besucht haben, bleiben ihre schulischen Erfolge im Schnitt deutlich hinter denen der Schüler ohne Migrationshintergrund zurück.

Deshalb ist es wichtig, die Eltern in den Lern- und Erziehungsprozess mit einzubeziehen, da sie es sind, die ihren Kindern die notwendige Orientierung und Hilfestellung geben, die sie für ihr Leben brauchen. Ohne die aktive und bewusste Mitarbeit des Elternhauses können die Bildungschancen nicht voll ausgeschöpft werden.

Von größter Bedeutung ist das Beherrschen der Muttersprache. Das erfolgreiche Erlernen einer Zweitsprache setzt immer ein hohes Niveau im Gebrauch der Muttersprache voraus. Wer mit seinen Kindern in der Muttersprache spricht und gleichzeitig den Erwerb der deutschen Sprache pflegt, macht seine Kinder fit für beide Sprachen. Das bedeutet aber auch, dass in der Schule, besser noch bereits im Kindergarten, die Muttersprache gepflegt und mit der Zweitsprache Deutsch verbunden werden sollte.


Die Kindertagesstätten und die Schulen können den veränderten Ansprüchen, wie der kulturellen und der sprachlichen Heterogenität der Klassen nur dann gerecht werden, wenn Erzieher und Lehrkräfte durch Fortbildungsmaßnahmen ihr Wissen in interkultureller Kompetenz erweitern. Denn nur wenn andere, auch kulturell bedingte Denk- und Lebensweisen von Einheimischen und von Menschen mit Migrationshintergrund gegenseitig bekannt sind, kann konstruktiv damit umgegangen werden.

Ziel unserer gemeinsamen Anstrengung im Landkreis Göppingen muss sein, langfristig die Rahmenbedingungen so zu erweitern, dass jedes Kind ungeachtet seiner kulturellen und sozialen Herkunft mitgenommen wird, an seinen Fähigkeiten und Begabungen angeknüpft wird und diese gefördert werden. Eltern müssen besser in diesen Prozess eingebunden werden. Vor allem aber müssen die Eltern Eigeninitiative bei der Förderung ihrer Kinder entwickeln. Erziehung ist in erster Linie Aufgabe des Elternhauses – Bildung ist Aufgabe von Schule und Elternhaus.

## **1.1 Kindertageseinrichtungen**

### **Ausgangslage**

Die Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse vom Juli 2009 zur Situation der frühkindlichen Sprachförderung, zur Einbeziehung der Eltern in die Kindergartenarbeit und zum interkulturellen Schulungsstand in allen Kindertageseinrichtungen im Landkreis (insgesamt 182 Einrichtungen) ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.



Integrationsplan Landkreis Göppingen  
Fragebögen an die Kindergärten (182)

Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Sprachförderung „Deutsch als Zweitsprache“?	89	83	(10)
2. Sprachförderung ausreichend?	81	82	(19)
3. Sprachförderung für Mütter?	7	165	(10)
4. Engagement ausländischer Eltern?	101	65	(16)
5. Erzieherinnen mit Migrationshintergrund?	36	135	(11)
6. Interkulturelle Schulung des Personals?	46	115	(21)

Tabelle 1

Die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund ist in den Kindertageseinrichtungen sehr unterschiedlich verteilt. Unter den 182 befragten Einrichtungen gibt es 56, in denen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund höher als 50% ist. Gerade in den Kindergärten mit hohem Migrantenanteil wird das jetzige Sprachförderangebot als nicht ausreichend betrachtet, weil es an gut ausgebildeten SpracherzieherInnen mangelt, die Anzahl der Förderstunden pro Woche zu gering ist und Förderprojekte zeitlich begrenzt sind.

Eltern mit Migrationshintergrund engagieren sich in vielen Kindertageseinrichtungen. Sei es durch Mitarbeit im Elternbeirat, bei der Vorbereitung und Durchführung von Festen, der Durchführung von Projekten wie Elterncafe, Kochnachmittage und vereinzelt durch die Übernahme von Lesepatenschaften.

Die interkulturelle Öffnung der Kindertageseinrichtungen ist noch nicht optimal ausgeprägt.

## Handlungsempfehlungen (HE)

Auf der 5.Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 18.03.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ämtern sowie verschiedenen Migrantenvetretern mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Sprachförderung entwickelt:

Elternbildung beginnt bereits vor der Geburt des Kindes. Durch eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit den Eltern sollten diese auf die Wichtigkeit eines frühen Kindergarteneintritts und damit auf die Bedeutung des frühkindlichen Spracherwerbs aufmerksam gemacht werden.

(Vgl. HE 1,8 S.III-1)

Kindertageseinrichtungen sollten an geeigneten Standorten mit Familientreffs kooperieren. Grundlage für die Angebotsgestaltung ist die Vernetzung mit Beratungsstellen, Migrationsdiensten, Integrationskursträgern, Gesundheitsfürsorgestellen und Familienbildungsstätten.

(Vgl. HE 2 S.III-1)

Sprachförderung muss vom 1. Kindergartentag an integriert sein. Im Rahmen der zur Verfügung gestellten Ressourcen sollte ein ganzheitliches (in den Alltag integriertes) Sprachförderkonzept mit landkreisweiten Standards für die individuelle Sprachförderung erstellt werden. Um die Kontinuität zu gewährleisten, sollte auf eine enge Absprache der Kindertageseinrichtungen mit den Schulen geachtet werden.

(Vgl. HE 3,4,9 S.III-1)

Ergebnisse der Sprachstandsprüfung müssen bei der individuellen Sprachförderung beachtet werden. Voraussetzungen dafür wären die Reduzierung der Gruppenstärke und eine verstärkte Qualifizierung der Erzieherinnen im sprachlichen Bereich.

(Vgl. HE 5 S.III-1)

Um insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund frühzeitig das nötige Wissen zum deutschen Bildungssystem zukommen zu lassen, empfiehlt sich in Zusammenarbeit mit Grundschulen die Teilnahme am Projekt der Elternstiftung Baden-Württemberg „Wie funktioniert die Schule“<sup>1</sup>. Gleichzeitig wirkt die Teilnahme an diesem Projekt vertrauensbildend und erleichtert Eltern die Kommunikation mit Kindertageseinrichtungen und Schulen. (Vgl. HE 6 S.III-1)

---

<sup>1</sup> [http://www.elternstiftung.de/wie\\_funktioniert\\_die\\_schule0.html](http://www.elternstiftung.de/wie_funktioniert_die_schule0.html)

Die Heterogenität der Gruppen stellt für die Erzieherinnen und Erzieher eine große Herausforderung dar. Deshalb ist es wichtig, mehr Fachpersonal mit Migrationshintergrund einzustellen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch geeignete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in ihrer interkulturellen Kompetenz zu bestärken.

(Vgl. HE 7 S.III-1)

Bei Eltern mit Migrationshintergrund muss das Bewusstsein geschaffen werden, dass der Kindergarten die Voraussetzungen für einen guten Schulstart ihrer Kinder erbringt. Sie müssen motiviert werden, an diesem Prozess aktiv teilzunehmen und Eigeninitiative zu ergreifen.

## 1.2 Schulen

### Ausgangslage

Die Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse vom Juli 2009 zur Situation der schulischen Sprachförderung, zur Einbeziehung der Eltern in den Prozess der schulischen Bildung sowie zum Schulungsstand „Interkulturelle Kompetenz“ an allen Schulen im Landkreis ist aus unten stehenden Tabellen (Tabelle 2 – 7), nach Schularten getrennt, ersichtlich.



 Integrationsplan Landkreis Göppingen Fragebögen an die reinen Grundschulen (37)			
Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Schülerförderung „Deutsch als Zweitsprache“?	13	24	0
2. Projektbeteiligung „Wie funktioniert Schule?“	1	36	0
3. Anzahl der Eltern mit Migr. im Elternbeirat: <b>37</b>			
4. Veranstaltungen für Eltern mit Migratonshintergr.?	7	30	0
5. Formen muttersprachlicher Förderung?	9	28	0
6. Berufsfördernde Maßnahmen?	3	34	0
7. Davon speziell für Schüler mit Migrationshintergr.?	0	37	0
8. Fachkräfte mit Migrationshintergrund?	7	30	0
9. Schulsozialarbeit?	3	34	0
10. Interkulturelle Schulung des Kollegiums?	2	34	0


Tabelle 2



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die Grund- und Hauptschulen**  
**mit Werkrealschulen (28)**

Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Schülerförderung „Deutsch als Zweitsprache“?	21	7	(0)
2. Projektbeteiligung „Wie funktioniert Schule?“	3	25	(0)
3. Anzahl der Eltern mit Migr. im Elternbeirat: <b>122</b>			
4. Veranstaltungen für Eltern mit Migratonshintergr.?	10	17	(1)
5. Formen muttersprachlicher Förderung?	19	9	(0)
6. Berufsfördernde Maßnahmen?	23	4	(1)
7. Davon speziell für Schüler mit Migrationshintergr.?	9	17	(2)
8. Fachkräfte mit Migrationshintergrund?	8	19	(1)
9. Schulsozialarbeit?	16	9	(3)
10. Interkulturelle Schulung des Kollegiums?	7	16	(5)

Tabelle 3



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die Realschulen (11)**

Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Schülerförderung „Deutsch als Fremdsprache“?	1	9	(1)
2. Projektbeteiligung „Wie funktioniert Schule?“	0	10	(1)
3. Anzahl der Eltern mit Migr. im Elternbeirat: <b>33</b>			
4. Veranstaltungen für Eltern mit Migratonshintergr.?	2	8	(1)
5. Formen muttersprachlicher Förderung?	5	5	(1)
6. Berufsfördernde Maßnahmen?	8	2	(1)
7. Davon speziell für Schüler mit Migrationshintergr.?	0	9	(2)
8. Fachkräfte mit Migrationshintergrund?	3	7	(1)
9. Schulsozialarbeit?	3	7	(1)
10. Interkulturelle Schulung des Kollegiums?	2	7	(2)

Tabelle 4



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die Gymnasien (9)**

Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Schülerförderung „Deutsch als Fremdsprache“?	2	7	(0)
2. Projektbeteiligung „Wie funktioniert Schule?“	0	9	(0)
3. Anzahl der Eltern mit Migr. im Elternbeirat: <b>7</b>			
4. Veranstaltungen für Eltern mit Migratonshintergr.?	0	9	(0)
5. Formen muttersprachlicher Förderung?	0	9	(0)
6. Berufsfördernde Maßnahmen?	7	2	(0)
7. Davon speziell für Schüler mit Migrationshintergr.?	0	9	(0)
8. Fachkräfte mit Migrationshintergrund?	2	6	(1)
9. Schulsozialarbeit?	5	4	(0)
10. Interkulturelle Schulung des Kollegiums?	0	4	(5)


Tabelle 5



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die Förderschulen (9)**

Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Schülerförderung „Deutsch als Fremdsprache“?	2	6	(1)
2. Projektbeteiligung „Wie funktioniert Schule?“	0	8	(1)
3. Anzahl der Eltern mit Migr. im Elternbeirat: <b>10</b>			
4. Veranstaltungen für Eltern mit Migratonshintergr.?	2	6	(1)
5. Formen muttersprachlicher Förderung?	4	4	(1)
6. Berufsfördernde Maßnahmen?	7	1	(1)
7. Davon speziell für Schüler mit Migrationshintergr.?	1	7	(1)
8. Fachkräfte mit Migrationshintergrund?	1	7	(1)
9. Schulsozialarbeit?	3	5	(1)
10. Interkulturelle Schulung des Kollegiums?	2	5	(2)

Tabelle 6



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die Beruflichen Schulen (7)**

Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Schülerförderung „Deutsch als Fremdsprache“?	<b>2</b>	<b>4</b>	(1)
2. Projektbeteiligung „Wie funktioniert Schule?“	<b>0</b>	<b>6</b>	(1)
3. Anzahl der Eltern mit Migr. im Elternbeirat: <b>21</b>			
4. Veranstaltungen für Eltern mit Migratonshintergr.?	<b>0</b>	<b>6</b>	(1)
5. Formen muttersprachlicher Förderung?	<b>0</b>	<b>6</b>	(1)
6. Berufsfördernde Maßnahmen?	<b>5</b>	<b>1</b>	(1)
7. Davon speziell für Schüler mit Migrationshintergr.?	<b>1</b>	<b>5</b>	(1)
8. Fachkräfte mit Migrationshintergrund?	<b>1</b>	<b>5</b>	(1)
9. Schulsozialarbeit?	<b>1</b>	<b>5</b>	(1)
10. Interkulturelle Schulung des Kollegiums?	<b>1</b>	<b>4</b>	(2)

Tabelle 7

Bei der Sprachförderung an Schulen ist festzustellen, dass die größten Aktivitäten im Bereich der Grund- und Hauptschulen mit Werkrealschulen zu verzeichnen sind. Die Form der Sprachförderung ist sehr unterschiedlich. Sie reicht über Vorbereitungsklassen, Aufbaukurse, integrierte Sprachförderung bis hin zur Sprachförderung durch ehrenamtliche Kräfte. Die muttersprachliche Förderung, die sich bisher im wesentlichen auf Türkisch- und Italienischunterricht beschränkt, sollte stärker ausgebaut werden. Dabei sind auch hier die meisten Angebote an den Grund- und Hauptschulen zu verzeichnen.

Wie in den Kindertageseinrichtungen engagieren sich eine Reihe von Eltern mit Migrationshintergrund in den Elternbeiräten der Schule. Auch wenn ihre Anzahl in den einzelnen Elternbeiräten unterschiedlich hoch ist, so gibt es im Landkreis keine Schule (außer an Gymnasien), an der sie nicht vertreten wären.

Mehrsprachige Elternabende für Eltern mit Migrationshintergrund werden schon an einigen Schulen angeboten.



Erfreulich ist, dass an den Hauptschulen der Anteil von Schulsozialarbeitern in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Schulsozialarbeit wird bisher vor allem an Grund- und Hauptschulen bzw. Werkrealschulen durchgeführt.

Bezüglich der interkulturellen Öffnung und des Schulungsstands zur „Interkulturellen Kompetenz“ ergab sich folgendes Bild: In den befragten 101 Schulen arbeiten 22 Lehrkräfte mit Migrationshintergrund; dies sind in der Regel Lehrkräfte für die Erteilung des Muttersprachenunterrichts bzw. Religionslehrer. An 14 von 101 Schulen ist das Kollegium interkulturell geschult.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 5. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 18.03.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus Kindertageseinrichtungen, aus Schulen, Ämtern sowie verschiedenen Migrantenvvertretungen mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Schulischen Bildung diskutiert:

Die Förderung sprachlicher Kompetenzen ist eine zentrale Aufgabe von Elternhaus und Schule.

Die Verwaltungsvorschrift „Grundsätze zum Unterricht für Kinder und Jugendliche mit Sprachförderbedarf an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen“<sup>2</sup> (seit 01.08.08 in Kraft) regelt die Sprachförderung neu. Dabei steht der individuelle und kontinuierliche Sprachförderbedarf im Mittelpunkt. Die landkreisweite Umsetzung dieser Verwaltungsvorschrift ist von hoher Bedeutung.

(Vgl. HE 1,2,3 S.III-2)

Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen ist ein Gewinn. Das Beherrschen der Muttersprache ist eine wesentliche Voraussetzung zum Erlernen einer Fremdsprache. Darum sollte im Landkreis geprüft werden, inwiefern der muttersprachliche Unterricht in

---

<sup>2</sup> [www.landesrecht-bw.de](http://www.landesrecht-bw.de)

Zusammenarbeit mit den Konsulaten und Migrantenvereinen weiter ausgebaut werden kann. Auch sollten die Möglichkeiten für bilingualen Unterricht in Fächerverbänden geprüft werden. Einen wesentlichen Schwerpunkt in der schulischen Arbeit stellt die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Eltern dar. Es sollten Wege gefunden werden, Eltern intensiver in die schulische Arbeit mit einzubeziehen.

(Vgl. HE 6,7,8,10,11,12,13 S.III-2)

Eine Zielsetzung des Integrationsplans Baden-Württemberg ist es, bis zum Schuljahr 2014/2015 etwa 40% der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen als Ganztagschulen auszugestalten. Ganztagschulen bieten besonders viele Chancen für Integration. Sie ermöglichen eine bessere Lernunterstützung, geben mehr Raum für zusätzliche Angebote, für kulturelle Bildung, für die Förderung der Herkunftssprache, für das Aushandeln von Regeln und für ein besseres Verständnis zwischen Schülerinnen und Schülern. Mögliche Kooperationspartner von Ganztagschulen könnten Sportvereine, Musikvereine, Kulturvereine, die VHS, Büchereien, Seniorenräte etc. sein. In lernunterstützende Angebote wie Hausaufgabenbetreuung oder Nachhilfestunden sollten Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sowie Studenten integriert werden.

(Vgl. HE 4,5,9,14 S.III-2)

Wie im Leuchtturmprojekt des Kreisentwicklungsgutachtens angeregt, könnte ein Bildungscoach, die Entwicklung und Durchführung von Projekten steuern und das gegenseitige Verständnis von deutschen und ausländischen Kulturen fördern.

(Vgl. HE 15,18,19 S.III-3)

Zur Umsetzung des Landesintegrationsplanes wurde vom Landesintegrationsbeauftragten, von der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung ein Runder Tisch einberufen, welcher im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg eine Konzeption zum Projekt „Integration gemeinsam schaffen – für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft für Eltern mit Migrationshintergrund“ erarbeiten sollte. Diese Konzeption wurde am 18.11.2009 verabschiedet. Sie trifft zur Bedeutung der interkulturellen Kompetenz von Mitarbeitern folgende Aussage: „Interkulturelle Kompetenz erleichtert die Zusammenarbeit mit und die Einbindung von Eltern und ermöglicht den angemessenen Umgang mit unterschiedlichen Einstellungen zu Erziehung und Bildung .....“

Deshalb sollte allen pädagogischen Mitarbeitern der Erwerb bzw. Ausbau dieser Kompetenzen in weiterem Umfang ermöglicht werden, um den veränderten Bedingungen besser gerecht werden zu können.

(Vgl. HE 16 S.III-3)

In der Konzeption wird desweiteren ausgeführt: „Außerdem gilt es, den Anteil von im Bildungsbereich tätigen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Dazu sind Ermutigung zum Ergreifen bestimmter Berufe, sowie Aufklärung über die Berufsmöglichkeiten notwendig“.

(Vgl. HE 17 S.III-3)

## **2. Berufliche Aus- und Weiterbildung, Beschäftigung und Wirtschaft**

### **Allgemeine Aussagen**

Im ersten Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan heißt es: „Die gleichberechtigte Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund in Wirtschaft und Gesellschaft setzt vor allem eine gute Bildung, eine gute berufliche Ausbildung, sowie Beschäftigung voraus. Gleichzeitig hängt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit angesichts der demografischen Entwicklung auch davon ab, ob es uns gelingt, die unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen, die Menschen aus anderen Ländern mitbringen, anzuerkennen und für Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen.“

Ausbildung und Beschäftigung sind ebenso wie die Bildung wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Integration. Eine fundierte Berufsausbildung ist immer noch eine der besten Optionen gegen Arbeitslosigkeit. Sie ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und damit für eine gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Die Realität zeigt aber, dass die Ausbildungssituation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch nicht zufriedenstellen kann.

So liegt die Ausbildungsbeteiligung der männlichen 17-20-jährigen ausländischen Jugendlichen im Landkreis Göppingen bei 40% und die der weiblichen bei 32%. Sie ist damit im Vergleich zu einheimischen Jugendlichen unterdurchschnittlich.

Ursachen hierfür sind zum Teil in den noch unzureichenden schulischen Abschlüssen zu sehen. Im Kreisentwicklungsgutachten, das die Steinbeis-Stiftung für den Landkreis Göppingen erarbeitet hat, wurde festgestellt, dass innerhalb des Großraums Stuttgart der Anteil an Hauptschulabsolventen im Kreis Göppingen am höchsten ist. Hinzu kommt aber auch, dass viele jugendliche Migranten und deren Eltern ein sehr geringes Wissen über unser Ausbildungssystem haben. Dies hat wiederum zur Folge, dass ein sehr beschränktes Spektrum bei der Wahl der Ausbildungsberufe zur Verfügung steht.

Aus Untersuchungen einer Arbeitsgemeinschaft zum Nationalen Integrationsplan<sup>3</sup> konnte gefolgert werden, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei gleichen schulischen Abschlüssen wie einheimische Jugendliche geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Diese Chancendifferenz sei bei höheren Schulabschlüssen höher, als bei weniger hohen Abschlüssen. Als mögliche Gründe nennen die Autoren Vorurteile über bestimmte Verhaltensweisen, sowie rechtliche Unsicherheiten bei den Personalverantwortlichen.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in das Berufsleben ist sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Sicht noch nicht ausreichend gelungen. Der Anteil erwerbsloser Migranten ist auch im Landkreis Göppingen höher als der erwerbsloser Deutscher. Weiterhin ist festzustellen, dass der Anteil von Ungelernten bei Migranten sehr hoch ist. Mögliche Gründe hierfür können Sprachdefizite, ungenügende berufliche Qualifizierung, fehlende Berufsankennung oder kulturelle Hemmnisse sein.

Personen mit Migrationshintergrund haben Zugang zu allen arbeitsmarktpolitischen Regelangeboten der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters Landkreis Göppingen soweit die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. In den Eingliederungsbilanzen der Bundesagentur für Arbeit<sup>4</sup> gibt es Hinweise darauf, dass ihre Beteiligung an den verschiedenen Maßnahmen nicht durchgängig ihrem Anteil an den arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen entspricht. Personen mit Migrationshintergrund haben einen besonderen Beratungsbedarf, der sich sowohl auf die hiesigen Qualifikationsstrukturen und Bildungsinstitutionen bezieht, als auch den besonderen Unterstützungsbedarf beim Erlernen der (Fach-)sprache und bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, berücksichtigt.

Darüber hinaus gilt es in der Beratung die Vielfalt der Zielgruppe zu beachten, die sich in Unterschieden der sozialen und regionalen Herkunft, des Geschlechts und Bildungsniveaus oder der Motive für Migration äußern kann. Hierfür ist eine interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter von hoher Bedeutung.

---

<sup>3</sup> Quelle: Nationaler Integrationsplan  
Erster Fortschrittsbericht, Oktober 2008

<sup>4</sup> Quelle: Nationaler Integrationsplan (vgl.vorne)

## 2.1 Übergang Schule – Beruf

### Ausgangslage

Die Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse vom Juli 2009 zu berufsfördernden Maßnahmen an allen Schulen im Landkreis ist aus den unter Abschnitt 1.2 aufgeführten Tabellen (Tabellen 2-7), nach Schularten getrennt, ersichtlich.

Berufsfördernde Maßnahmen werden in 50 von 64 Schulen (ohne Grundschulen) durchgeführt, wobei die Formen je nach Schulart variieren. Eine enge Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit findet in allen Schularten statt.

Die Palette der berufsfördernden Maßnahmen an Hauptschulen und Werkrealschulen reicht von Praktika und Schnuppertagen in Firmen über Berufseinsteigerberatungen, Erkundungsphasen, Berufswegeplanungen und Bewerbertrainings bis hin zu individuellen Begleitungen durch ehrenamtliche Paten.

Bei den Realschulen stehen Bildungsmessen, Besuche im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit (BIZ), die Teilnahme am Projekt „BORS“ (Berufsorientierung an Realschule) sowie Projekte in Zusammenarbeit mit BBQ (Berufliche Bildung gGmbH, Stuttgart) im Vordergrund.

An den Gymnasien ist vor allem die Teilhabe am Projekt BOGY (Berufsorientierung an Gymnasien) relevant. Außerdem werden Informationsveranstaltungen und Bewerbertrainings in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit durchgeführt.

In den Förderschulen liegt der Schwerpunkt auf dem Besuch von berufsvorbereitenden Einrichtungen, auf Firmenbesichtigungen sowie auf Praxistagen und Praktika. Auch hier findet eine enge Zusammenarbeit mit der Rehabilitationsberatung der Agentur für Arbeit statt. Weitere Beratungen sind Gegenstand von Elternversammlungen und von Einzelgesprächen.

An beruflichen Schulen werden Praktika in verschiedenen Berufsfeldern durchgeführt und verstärktes Bewerbertraining angeboten. Weiterhin findet eine berufsfachliche und berufssprachliche Kompetenzvermittlung statt und es werden Kompetenzanalysen durchgeführt. Die individuelle Förderung findet ihren Niederschlag in Benimm-Konflikttrainings.

Spezielle berufsfördernde Maßnahmen für Migranten werden nur in 11 Schulen (überwiegend Hauptschulen) angeboten. Dabei liegt ein Fokus auf der individuellen Betreuung durch Berufseinstiegsbegleiter oder pädagogische Assistenten.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Einzelgespräche mit Schülern und deren Eltern. Bei dieser individuellen Betreuung ist auch die Begleitung zu Vorstellungsterminen mit einbegriffen.

Auf der Grundlage der Materialien des Statistischen Landesamts beurteilt der Fachbereich Berufsberatung bei der Agentur für Arbeit die Situation im Ausbildungsbereich auf Landesebene<sup>5</sup> wie folgt:

- 55% der ausländischen Jugendlichen besuchen die Hauptschule im Vergleich zu 19% der deutschen
- 15% der ausländischen Jugendlichen sind ohne Schulabschluss im Vergleich zu 4,5% der deutschen
- der Anteil der unter 15-Jährigen bei Ausländern liegt bei 21% im Vergleich zu 12,5% bei Deutschen

Das heißt im Bereich der Schulabschlüsse liegen Ausländer im Verhältnis zu Jugendlichen mit deutschem Pass deutlich zurück.

60% der jugendlichen arbeitslosen Ausländer (bundesweit) haben keine Ausbildung<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stand:2009

<sup>6</sup> Bundesagentur für Arbeit Statistik Stand: 2009

Die Agentur für Arbeit bemüht sich durch eine Reihe von Maßnahmen mit verschiedenen Kooperationspartnern die anstehenden Probleme zu lösen.

Sie arbeitet in 3 Maßnahmebereichen:

- a) präventive Maßnahmen/Berufsorientierung
- b) berufliche Beratung und Ausbildungsvermittlung
- c) berufsfördernde Maßnahmen

zu a) - In Haupt- und Realschulen werden ab Klasse 7/8 allgemeine Informationsveranstaltungen für Schüler und Eltern organisiert, die aber bisher gerade von Eltern mit Migrationshintergrund noch nicht ausreichend besucht werden.

- Projekte zur vertieften Berufsorientierung, insbesondere für Migranten, werden durchgeführt.

- Berufseinstiegsbegleiter an 4 Modellschulen im Landkreis mit besonders hohem Migrantenanteil werden eingesetzt; seit Dezember 2010 wird das Modell an zwei weiteren Schulen im Landkreis erprobt.

zu b) - Bei der beruflichen Einzelberatung werden Interessen, Fähigkeiten und die Anforderungen des Berufs versucht in Einklang zu bringen.

zu c) Bei berufsfördernden Maßnahmen sind Migranten überproportional vertreten:

- Herstellung der Ausbildungsreife in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen; auch der Erwerb des Hauptschulabschlusses wäre möglich. Dabei ist die Sprachförderung zwar ein Bestandteil dieser Maßnahmen, jedoch nicht deren wesentlicher Aspekt.

- Qualifizierung durch Praktika.

- Geförderte Ausbildungen für lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

- Ausbildungsbegleitende Hilfen, z.B. Nachhilfeunterricht während der Ausbildung, wenn das Ausbildungsziel gefährdet ist.

Trotz uneinheitlicher Rahmenbedingungen in der Spätphase der Krise zeigte sich der Ausbildungsmarkt im Herbst 2010 bei Betrachtung der Bewerberzahlen und der angebotenen Ausbildungsstellen durchaus positiv. Das Verhältnis zwischen den beiden Größen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr sogar etwas günstiger dar. Auf einen Bewerber kommt rechnerisch nahezu eine Ausbildungsstelle.



## **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 6. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 20.05.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus Schulen, Firmen, der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, Ämtern sowie verschiedenen Migrantenvertretern mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation beim Übergang „Schule – Beruf“ diskutiert.

Angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels ist es eine Schwerpunktaufgabe, die Ausbildungschancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu verbessern. Hierfür ist bereits schon zu Schulbeginn eine konsequente Zusammenarbeit mit den Eltern von Bedeutung, um eine langfristige Aufklärungs- und Informationsarbeit leisten zu können.

Im Vordergrund müssen Themen wie die Bedeutung der Sprachbeherrschung (Muttersprache und Zweitsprache) und die Notwendigkeit eines Ausbildungserwerbs stehen.

(Vgl. HE 1,2,3 S.III-4)

Eine große Bedeutung bei der Bewältigung dieser Aufgaben kommt den Migrantenvereinen zu. Sie sollten mehr als bisher zur Mitarbeit gewonnen werden, da sie als Mittler zwischen Eltern/Schülern und Institutionen fungieren können. Durch die Darstellung erfolgreicher Bildungsbiographien könnte eine Vorbildwirkung erzielt werden, um so die jungen Menschen und deren Eltern zu motivieren. Migrantenvereine können eine Plattform für die Durchführung verschiedener Informationsveranstaltungen in Kooperation mit anderen Institutionen bilden.

(Vgl. HE 4 S.III-4)

Eine wesentliche Rolle bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen spielen Unternehmer mit Migrationshintergrund. Hier sollten Unternehmen gefunden werden, die bereit sind, eine Anerkennung als Ausbildungsbetrieb anzustreben, um so Ausbildungsplätze zu schaffen und Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

Vorstellbar wäre hier die Erweiterung der Zusammenarbeit mit der IHK Stuttgart und der Caritas mit ihrem Projekt ABba plus. Dabei ist es wichtig, bereits vorhandene regionale Ansätze weiterzuentwickeln, um durch strukturelle Veränderungen den Übergang von der Schule zur Ausbildung zu verbessern. Alle relevanten regionalen Akteure, wie Schulen, die Agentur für Arbeit, Betriebe, Kammern, Jugendamt und Elternorganisationen sollten weiter intensiv zusammenarbeiten und ihre Förderaktivitäten aufeinander abstimmen, beispielsweise per Internetplattform. (Vgl. HE 5,6,7,8 S.III-4)

## 2.2 Integration in den Arbeitsmarkt

### Ausgangslage

Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter sehen die Situation im Landkreis Göppingen wie folgt :

Zum Stichtag 30.06.2009 gab es im Landkreis Göppingen 7412 Arbeitslose, darunter 5400 Deutsche und 2012 Ausländer. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,6% innerhalb der Gesamtbevölkerung und von 12,8% innerhalb der ausländischen Bevölkerung.

Im April 2010 gab es im Landkreis Göppingen 8096 Arbeitslose. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,1% innerhalb der Gesamtbevölkerung und von 13,6% innerhalb der ausländischen Bevölkerung.

Arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund haben ganz spezielle Vermittlungshemmnisse. Mögliche Gründe hierfür sind eine geringe bzw. fehlende Berufsausbildung oder nicht anerkannte Berufsausbildung, unzureichende Deutschkenntnisse, Langzeitarbeitslosigkeit und auch kulturelle Gegebenheiten.

Wo es sich anbietet, findet bereits eine Kooperation mit Partnern, wie z.B. mit dem Jugendmigrationsdienst des Diakonischen Werks Göppingen oder der Migrationsberatung für Erwachsene statt. Besondere Bedeutung haben diese Kooperationen für das Fallmanagement.

Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter unternehmen große Anstrengungen durch berufliche Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen, um die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

So werden z.B. Migranten, deren Deutschkenntnisse unzureichend sind, verpflichtet, an den Integrationskursen des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) teilzunehmen. Das BAMF bietet seit einiger Zeit auch berufsbezogene Sprachförderung an. Für das Jahr 2009 bestand eine Zielsetzung des Jobcenters darin, den Anteil der Migranten innerhalb der Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik um 8%-Punkte zu erhöhen.

Das Bestreben des Jobcenters besteht auch in Zukunft darin, Migranten an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik möglichst entsprechend dem Gesamtanteil aller Arbeitslosen teilnehmen zu lassen. Deshalb soll im Jahr 2010 der Anteil der Alleinerziehenden an Eintritten in die Förderung beruflicher Weiterbildung (längerfristige Maßnahmen) erhöht

werden. In der Gruppe der Alleinerziehenden sind Migrantinnen überproportional vertreten, weshalb indirekt auch in 2010 die Gruppe der Migranten eine besondere Stellung einnimmt.

Im Bereich der Förderung der beruflichen Bildung werden Orientierungen über Helfertätigkeiten ermöglicht; es werden Qualifizierungen im Bereich „Lager und Logistik“ angeboten und es wird die Möglichkeit gegeben, den Hauptschulabschluss nachzuholen. Im Projekt „Ganzil“ (ganzheitliche Integrationsleistung) ging es um die Berücksichtigung von Personen mit verstärktem Unterstützungsbedarf. Migranten waren hierbei überproportional vertreten.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 6.Sitzung der Projektgruppe Integrationsplan Landkreis Göppingen am 26.05.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus Schulen, Firmen, der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, Ämtern sowie verschiedenen Migrantentretern mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation bei der Integration im Bereich „Arbeit“ diskutiert.

Bei beruflich gering Qualifizierten (bei denen der Anteil der Migranten verhältnismäßig hoch ist) zeichnet sich eine Kumulation von Problemlagen ab. Neben den bereits genannten Vermittlungshemmnissen fehlen oftmals Informationen über individuelle Berufswegeplanungen und über den Zugang zu Beratungsinstitutionen, damit formal anerkannte Berufsabschlüsse erreicht werden können. Auch ist oftmals unklar, welche Leistungen beim Jobcenter in Anspruch genommen werden können. Es müssen also Möglichkeiten gefunden werden, die Arbeit des Jobcenters, z.B. durch Informationen in verschiedenen Sprachen transparenter zu gestalten.

(Vgl. HE 1 S.III-5)

Um eine zielgruppenspezifische Berufswegeplanung und entsprechende Beteiligung an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu erreichen, wäre der Aufbau einer migrationssensiblen Beratung und Kompetenzfeststellung eine sinnvolle Option. Des Weiteren wäre es wichtig, eine Bestandsaufnahme mit der Zielstellung durchzuführen, vorhandene Angebote bekannt zu machen und die verschiedenen Akteure im Handlungsfeld „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ zu vernetzen. Bei alledem gilt weiterhin der Grundsatz, dass die Eigeninitiative der Menschen mit Migrationshintergrund erforderlich ist.

(Vgl. HE 2,3,4,5, S.III-5)

### 3. Wohnen, Gesundheit, Alter

#### Allgemeine Aussagen

Wohnen ist nach dem Erlernen der deutschen Sprache ein sehr wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Integration.

In ihrer Veröffentlichung<sup>7</sup> „Zuwanderer in der Stadt – Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik „– kommen die Autoren zu folgender Einschätzung:

„Mit der Schwächung der Integration über den Arbeitsmarkt gewinnen der städtische Raum und vor allem das Wohnquartier als die Orte, an denen Zuwanderer einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, wachsende Bedeutung im Prozess der Integration. Wohnung und Wohnumfeld bilden einerseits einen sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse wie Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beruf, Sozialkontakte oder Teilhabe am kommunalen und städtischen Leben. Zum anderen sind Wohnung und Wohnumfeld selbst Integrationsfaktoren von erheblichem Gewicht, weil sie Aktionsräume definieren. Aus marktinternen, aber auch aus subjektiven Gründen werden von Zuwanderern vor allem Wohnungen im unteren Preissegment nachgefragt, wobei sich die Nachfrage auf spezifische Standorte konzentriert.

Zuwanderer haben in den großstädtischen Quartieren häufig auch Deutsche zu Nachbarn, die ihrerseits von sozialem Abstieg betroffen oder deren berufliche Existenz und Wohnsituation zumindest prekär sind. Das Aufeinandertreffen sozial und ökonomisch marginalisierter Gruppen, die sich ethnisch-kulturell unterscheiden, begünstigt das Entstehen von Konflikten bzw. verstärkt bestehende Konfliktsituationen, in denen latente Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen, wie bezahlbaren Wohnraum, aber auch „Rangordnungskonflikte“ und Auseinandersetzungen um Lebensstile zwischen deutschen Bewohnern und Zuwanderern, sowie zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen aufbrechen.

Solche Konstellationen fördern die Entstehung „überforderter Nachbarschaften“, in deren Konfliktgemenge die Ethnisierung eigentlich sozialer und ökonomischer Probleme die Integration von Zuwanderern erschwert.“

---

<sup>7</sup> Herausgeber: Schader-Stiftung, Dt.Städtetag, GdW Bundesverband dt.Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Dt.Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Stadt- u.Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr – Universität Bochum – Januar 2005

Der Stadtteilgestaltung und der gemeinsamen Gestaltung des Wohnumfeldes, die in der Integration als Querschnittsaufgabe umgesetzt wird, kommt daher eine elementare Bedeutung zu.

Unser Gesundheitssystem steht grundsätzlich allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, offen. Das heißt aber noch lange nicht, dass es auch von allen gleich genutzt wird. Die Inanspruchnahme der gesundheitsfürsorgerischen Infrastruktur in Deutschland fällt Migranten häufig besonders schwer, da neben einer mangelhaften Kenntnis des Gesundheitssystems und seiner ausdifferenzierten Beratungs- und Hilfeangebote kulturbezogene Hemmnisse und Schranken, sowie oft mangelhafte Sprachkenntnisse treten. Sprachlosigkeit aber schürt Ängste. Auf der Seite des medizinischen Fachpersonals kommt es oft zu Missverständnissen und Fehldiagnosen mangels Kenntnis der spezifischen kulturellen Bedeutung der Krankheitsbeschreibung von Migranten. Das gilt besonders für den psychiatrischen Bereich. Meist unbekannt bei Migranten sind die Existenz und Funktion von Selbsthilfegruppen. Zur Umsetzung einer flächendeckenden Unterstützung und Förderung der Gesundheit von Migranten mangelt es an qualifizierten Dolmetschern. Ziel des Integrationsprozesses in diesem Bereich muss es sein, Migranten immer mehr in die Lage zu versetzen, Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen.

Im Integrationsplan Baden-Württemberg heißt es: „Nach einer vom Ministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Studie – „Migranten im Alter – Lebensverhältnisse und Hilfebedarf“, aus dem Jahr 1998, wird die Zahl der in Baden-Württemberg lebenden älteren Migranten ab dem 65. Lebensjahr von ca. 47 000 im Jahr 1995 bis 2020 auf über 300 000 ansteigen.<sup>8</sup> Ältere Migranten sind überdurchschnittlich häufig auf staatliche Leistungen angewiesen: Rund 6% der ausländischen Mitbürger ab 65 Jahren im Landkreis Göppingen erhalten Grundsicherungsleistungen. Die Bezugsquote liegt bei ihnen rund fünfmal höher als bei Deutschen. Armut und soziale Benachteiligung beschränken sich auch bei Migranten nicht nur auf ein weniger an Geld, sondern bedeuten auch mangelnde Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, Vereinsamung aufgrund mangelnder Kontakte zu anderen Menschen, ungünstige Wohnverhältnisse, gesundheitliche Einschränkungen oder Fehlernährung.

---

<sup>8</sup> Quelle: Sozialbericht 2009 für den Landkreis Göppingen und statistisches Landesamt Baden-Württemberg Stand 31.12.2009

Das bedeutet, dass das Thema Alter und die damit verbundenen Probleme im Kontext von Migranten in Deutschland zunehmend an Bedeutung gewinnen. Nur wenige ehemalige Gastarbeiter kehren in ihre Heimat zurück, weil hier ihre Kinder und Enkelkinder leben. Den Familien bleibt oft kein anderer Ausweg als die häusliche Pflege, womit sie aber häufig überfordert sind. Institutionen der Altenhilfe werden von Migranten noch sehr wenig genutzt. Fehlende Informationen, geringe Deutschkenntnisse oder eine kulturelle Hemmschwelle gegenüber Institutionen sind mögliche Barrieren.

Der demografische Wandel, der die Entwicklung unseres Landes kennzeichnet, verändert unsere gesamte kulturelle und ökonomische Realität, also auch unseren Lebensalltag. Die besondere Situation und die speziellen Bedürfnisse von Migranten erfordern Konzepte, um in sozialen Bereichen ältere Migranten mit Hilfsangeboten noch besser zu erreichen und um Angebote in der Altenpflege kultursensibel zu gestalten.

### 3.1 Wohnen

#### Ausgangslage

Die Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse vom Juli 2009 zu Wohnquartieren mit hohem Ausländeranteil in den Gemeinden im Landkreis Göppingen ist aus unten stehender Tabelle ersichtlich.


 Integrationsplan Landkreis Göppingen Fragebögen an die Bürgermeisterämter (38)			
Fragestellung	ja	nein	(leer)
1. Wohnquartiere mit hohem Ausländeranteil?	7	31	(0)
2. Handlungsbedarf in diesem Zusammenhang?	7	31	(0)
3. Interkulturelle Schulung der Mitarbeiter?	2	36	(0)
4. Beschäftigung von Migranten?	10	28	(0)
5. Projekte mit, für oder von Migranten?	13	25	(0)
6. Integrationsbeauftragte(r) / Ansprechpartner(in)?	5	33	(0)
7. Ausländerbeirat?	3	35	(0)
8. Jugendhaus oder Vergleichbares?	23	15	(0)
9. Ausländische Vereine in der Kommune?	10	28	(0)

Tabelle 8

Wohnquartiere mit hohem Ausländeranteil haben sich in Kuchen, UHINGEN, EBERSBACH, SALACH, EISLINGEN, GEISLINGEN und GÖPPINGEN gebildet. Der Handlungsbedarf, den die Kommunen in diesem Zusammenhang sehen, stellt sich unterschiedlich dar. Er reicht von besserer Durchmischung der Wohngebiete nach Nationalitäten, über verstärkte Angebote im sozialen Bereich, wie aufsuchende Familien- und Erziehungsberatung und das Anbieten von Sprachkursen, bis hin zu Stadtsanierungsmaßnahmen. Ein weiteres Problem stellt für Migranten das Anmieten von angemessenem Wohnraum dar (Größe und Preis).

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 7.Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 15.07.10 wurde gemeinsam mit Vertretern von Bürgermeisterämtern, Wohnungsbaugesellschaften, anderen betroffenen Ämtern und verschiedenen Migrantenorganisationen mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation in den entsprechenden Quartieren diskutiert. Auch im Landkreis Göppingen ist eine räumliche Konzentration von Zuwanderern in den Städten zu beobachten. Freiwillige ethnische Segregation muss nicht zwangsläufig schädlich für eine erfolgreiche Integration sein. Um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in Wohnquartieren mit hohem Migrantenanteil zu erreichen, muss zunächst im Einzelfall die Wohn- und Versorgungssituation ermittelt werden. Hierzu sollten unter Einbeziehung von Migrantenverbänden und Betroffenen zunächst die Defizite und Ressourcen zusammengestellt werden. Basierend auf diesen Ergebnissen sollte dann ein fachübergreifendes Handlungskonzept im Zusammenwirken aller Akteure erarbeitet werden. (Vgl. HE 1,2 S.III-6)

Bei der Finanzierung von Stadtteilentwicklungsmaßnahmen wäre eine zentrale Koordination der verschiedenen Förderprogramme (z.B. das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“) hilfreich. Die Erarbeitung einer mehrsprachigen Broschüre mit Hinweisen zu verantwortungsbewusstem Verbraucherverhalten könnte einen Beitrag zur Aufklärung, sowie einen Beitrag zur Minimierung von Problemen leisten. Von Seiten der kommunalen Planung sollte darauf geachtet werden, dass genügend bezahlbarer Wohnraum, auch für größere Familien, zur Verfügung steht. (Vgl. HE 3,4,5 S.III-6)

Zu Handlungsempfehlungen, die im Zusammenhang mit Jugend- und Familienhilfe stehen, wird auf Kapitel 4 verwiesen.

## **3.2 Gesundheit**

### **Ausgangslage**

Zum Thema Gesundheit wurden im Vorfeld keine Erhebungen durchgeführt. Dieses Kapitel bezieht sich nur auf die Aussagen in der Arbeitskreissitzung vom 15.07.2010.

Ein zentraler Anlaufpunkt, auch für Migranten, ist das Gesundheitsamt. Hier gibt es Kontakte verschiedener Art. Dabei werden immer wieder Probleme beim Ausfüllen von Formularen deutlich. Alljährlich wird eine Einschulungsuntersuchung durchgeführt. Auch hier zeigen sich deutlich die Probleme mit Formularen. 25% der Kinder weisen einen Sprachförderbedarf auf. Der Zugang von Migranten zum Gesundheitswesen ist teilweise erschwert. Dies trifft besonders in Zusammenhang mit Reha-Maßnahmen zu. Ebenso ist festzustellen, dass die Prävention im Bereich Frauengesundheit wenig in Anspruch genommen wird. Dagegen ist der Zugang zu den hausärztlichen Leistungen mit wenig Problemen behaftet; häufig wird bei Migranten jedoch auf das Krankenhaus zurückgegriffen. Überhaupt sind nur wenige Problemlagen auf den Migrationshintergrund zurückzuführen; oft liegt die Ursache in sozioökonomischen Verhältnissen. Aufgrund von Verständigungsproblemen gestaltet sich die Behandlung psychischer Erkrankungen bei Migranten problematisch. Das Gesundheitsamt kann bei Begutachtungen auf einen Dolmetscherpool des Landes zurückgreifen; Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten steht diese Möglichkeit nicht zur Verfügung.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 7. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 15.07.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten des Gesundheitsamts, niedergelassenen Ärzten, Ämtern sowie verschiedenen Migrantenvertretern mögliche Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich des Gesundheitswesens diskutiert.

Menschen in einer ungünstigen sozialen Lage, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund, werden mit Barrieren des Gesundheitswesens konfrontiert. Die größte Hürde bei Migranten ist oftmals die unzureichende sprachliche Kompetenz im mündlichen und schriftlichen Bereich. Laiendolmetscher wie z.B. Familienangehörige oder Freunde können hier keine Abhilfe schaffen, weil ihnen auf der einen Seite das medizinische Fachwissen fehlt, oder sie andererseits aufgrund von Schamgefühlen oder Rücksichtnahme auf den Patienten nicht



richtig übersetzen. Aber auch kulturelle Unterschiede, geringe finanzielle Ressourcen und Unkenntnis über Krankheitsentstehung stellen oft ein Hemmnis dar. Um hier Abhilfe zu schaffen, wäre die Erstellung mehrsprachiger Informationsbroschüren für das Gesundheitsamt und die Arztpraxen von großem Vorteil. Hilfreich wäre auch die mehrsprachige Gestaltung von Antragsformularen. Informationsveranstaltungen über das deutsche Gesundheitssystem, Vorsorgeuntersuchungen und die Rolle der Selbsthilfegruppen könnten gemeinsam mit den Migrantenvereinen vorbereitet und durchgeführt werden. Hilfreich wäre hierbei die Ausbildung von muttersprachigen Multiplikatoren in diesem Bereich, die solche Veranstaltungen selbstständig durchführen könnten. Äußerst problematisch ist die Behandlung psychisch Kranker, da hier schon bei der Anamnese, als auch bei der Therapie die Sprache eine ganz entscheidende Rolle spielt. Hier wäre eine muttersprachige Begleitung von großer Bedeutung.

(Vgl. HE 1,2,3 S.III-7)

Auf Seiten der Anbieter von Gesundheitsleistungen wäre es wichtig, dass die Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz geschult sind.

(Vgl. HE 5 S.III-7)

Durch vermehrte Beschäftigung von bilingualen Fachkräften könnte eine weitere Verbesserung der Versorgungssituation von Migranten erreicht werden.


Um die Aufklärung über Themen wie Sexualität/AIDS/Präventionsmaßnahmen, insbesondere bei türkischstämmigen Mädchen zu erhöhen, wäre eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen, Gesundheits- und Jugendamt wünschenswert.

(Vgl. HE 4,6 S.III-7)

### **3.3 Alter**

#### **Ausgangslage**


Die Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse von Juli 2009 zur Betreuung älterer ausländischer Mitbürger, zu Angeboten der kultursensiblen Altenpflege sowie zur Anzahl der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und den Stand der interkulturellen Schulung der Mitarbeiter in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist aus unten stehenden Tabellen ersichtlich.



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die**  
**Ambulanten Pflegeeinrichtungen (32)**

<b>Fragestellung</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>	<b>(leer)</b>
1. Betreuung von ausländischen Mitbürgern?	<b>27</b>	<b>5</b>	(0)
2. Angebote kultursensibler Altenpflege?	<b>5</b>	<b>27</b>	(0)
3. Mitarbeiter mit Migrationshintergrund?	<b>19</b>	<b>13</b>	(0)
4. Interkulturelle Schulung der Mitarbeiter?	<b>7</b>	<b>24</b>	(1)

Tabelle 9



**Integrationsplan Landkreis Göppingen**  
**Fragebögen an die**  
**Stationären Pflegeeinrichtungen (31)**

<b>Fragestellung</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>	<b>(leer)</b>
1. Betreuung von ausländischen Mitbürgern?	<b>13</b>	<b>18</b>	(0)
2. Angebote kultursensibler Altenpflege?	<b>1</b>	<b>30</b>	(0)
3. Mitarbeiter mit Migrationshintergrund?	<b>28</b>	<b>3</b>	(0)
4. Interkulturelle Schulung der Mitarbeiter?	<b>1</b>	<b>30</b>	(0)

Tabelle 10

In den meisten Einrichtungen werden jetzt schon ausländische Mitbürger betreut, wenngleich auch in geringer Anzahl.

Angebote kultursensibler Altenpflege sind im Landkreis in 6 von insgesamt 63 Einrichtungen zu finden. Die AWO ist eine der wenigen Institutionen im Landkreis Göppingen, die schon seit vielen Jahren Erfahrungen in der kultursensiblen Altenpflege gesammelt hat. Betroffen von dieser Problematik ist vor allem die erste Generation der Migranten. Unterstützung durch die Großfamilie wird meist nicht in dem Umfang geleistet, wie es sich die Senioren erhofft hatten. Die Folgen sind häufig psychische Erkrankungen (Depressionen). Durch die Konsultation mehrerer Ärzte kommt es teilweise zu unkontrollierter Einnahme von Medikamenten. Das Wissen über die verschiedenen Formen der Pflegedienste ist unter Migranten teilweise nicht genügend bekannt.

Von insgesamt 63 Einrichtungen arbeiten in 47 Institutionen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. In den stationären Einrichtungen ist der Anteil der Mitarbeiter wesentlich höher als im ambulanten Bereich; der größte Teil dieser Mitarbeiter ist in qualifizierten Tätigkeiten engagiert. Schulungen in interkultureller Kompetenz wurden bislang in 8 von insgesamt 63 Einrichtungen durchgeführt.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 7. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 15.07.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, einer Ärztin aus der geriatrischen Abteilung, Ämtern, sowie verschiedenen Migrantenvetretern mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation älterer Migranten im Landkreis Göppingen diskutiert.

Die Altenhilfe ist für alle älteren Menschen zuständig, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Die gleichberechtigte Teilhabe älterer Migranten kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn die Menschen über die verschiedenen Angebote informiert sind und zum anderen die Angebote und Maßnahmen der Altenhilfe deren individuelle Bedürfnisse und Bedarfe berücksichtigen. Es gibt im Landkreis diesbezüglich bereits gute Erfahrungen bei Pflegeeinrichtungen, die auf kultursensibler Grundlage arbeiten.

(Vgl. HE 1,2 S.III-8)

Eine gut funktionierende Kommunikation erfordert vom Pflegepersonal Kenntnisse in interkultureller Kompetenz, die man nicht nur in Fortbildungen, sondern auch in einem interkulturellen Team erwerben kann.

(Vgl. HE 3,4 S.III-8)

Der Pflegestützpunkt als Koordinierungs- und Anlaufstelle rund ums Alter sollte kultursensibel ausgerichtet sein, damit die älteren Menschen unabhängig von Kultur, Religion oder Weltanschauung erreicht werden können.

(Vgl. HE 6 S.III-8)

Ein Thema, das in Zusammenhang mit Alter nicht zu vernachlässigen ist, ist das Thema „Sterben, Tod und Bestattung“ in der 2. Heimat.

Hier empfiehlt es sich gemeinsam mit Migrantenvetretern in einen Erfahrungsaustausch zu treten, damit sich Kommunen und Friedhofsmitarbeiter besser auf die interkulturellen Anforderungen einstellen können.

(Vgl. HE 5 S.III-8)

## 4. Familie, Kinder und Jugendliche

### Allgemeine Aussagen

Im Integrationsplan Baden-Württemberg wird festgestellt: „Familien- und Elternbildung für Menschen mit Migrationshintergrund ist aus Sicht der Landesregierung eine besonders erfolgversprechende Integrationsmaßnahme, weil sie insbesondere im Hinblick auf die Kinder sehr früh ansetzt. Sie eröffnet aber nicht nur den Kindern eine gute Chance auf Partizipation, sondern erweitert auch die Teilhabemöglichkeiten und Lebensqualität der Eltern deutlich. In Baden-Württemberg hat die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Strukturen und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, in der Jugendsozialarbeit, aber auch im Übergang in Ausbildung und Beruf deutlich zugenommen. Die Chancengleichheit hat sich somit verbessert. Trotz dieser Erfolge sind viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in zentralen Bereichen ihres Lebens aber noch immer starken Benachteiligungen ausgesetzt.“

Betrachtet man die Altersstrukturen der Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund in Baden-Württemberg (vgl. Tabelle 3, Seite I-3) wird deutlich, wie wichtig es ist, junge Migranten in die Gesellschaft zu integrieren und die Potentiale, die sie mitbringen, zu nutzen.

Kinder mit und ohne Migrationshintergrund sind die Zukunft eines jeden Landes. Erfolgreiche Integration erwächst nicht aus gut gemeinten Appellen, sondern aus gemeinsamen Aktivitäten. Gelingen von Integration hängt davon ab, ob Menschen eine soziale Umwelt finden, in der sie sich entwickeln und ihre Talente entfalten können und alles in allem gute Chancen haben, ein erfolgreiches Leben zu leben. Es ist wichtig, dass junge Migranten und ihre Familien die Möglichkeit haben, aktiv am Leben im Ort, in der Schule oder dem Vereinsleben teilzunehmen. Sie sollten aktiv in die Planung und Durchführung von Projekten einbezogen werden und dadurch ein Gefühl von Wertschätzung und Angenommensein in unserer Gesellschaft erfahren. Es gilt auch hier, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls offensiver einbringen sollten.

## Ausgangslage

Die Beschreibung der Ausgangslage bezieht sich auf Aussagen in der Diskussion der „Projektgruppe Integrationsplan“ vom 30.09.2010 und erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

In dieser Diskussion wurde deutlich, dass es im Landkreis Göppingen bereits eine Vielzahl von Projekten und Aktivitäten mit und für Migranten in unterschiedlicher Trägerschaft gibt. Zum einen sind die Familientreffs zu nennen, die ihre Standorte in Göppingen, Göppingen-Bodenfeld, Uhingen, Ebersbach, Salach, Eislingen, Geislingen und Süßen unter der Trägerschaft von Landkreis, den genannten Gemeinden, von AWO, Caritas, DRK, Diakonischem Werk und Haus der Familie etabliert haben.

Die Arbeitsweise der Treffs wird am Beispiel des Göppinger Familientreffs deutlich:

Als sozialraumorientiertes niederschwelliges Angebot für Familien mit kleinen Kindern, stellt sich der Göppinger Familientreff als offener Treff mit Kinderbetreuung dar. Ergänzend werden sowohl Vorträge zu pädagogischen Themen organisiert, als auch Beratung in verschiedenen Sprachen angeboten, die im Einzelfall auch in der häuslichen Umgebung erfolgen kann. Zudem werden parallel zu den Veranstaltungen Kinderspielgruppen angeboten. Das im Jahr 2006 eingerichtete Projekt arbeitet sehr erfolgreich und konnte bislang 160 Familien erreichen. Der Anteil von Besuchern mit Migrationshintergrund beträgt in Göppingen 75%, in Göppingen-Bodenfeld 90%.

Seit 2008 besteht im Bürgerhaus der Stadt Göppingen in Zusammenarbeit mit dem Landkreis, der AWO und dem Haus der Familie die Türkische Teestube. Sie hat sich als Anlaufstelle für viele türkische Mütter bewährt. Zu den Treffs im Rahmen der Teestube werden oftmals Referenten eingeladen, die in türkischer Sprache Gesprächsrunden mit pädagogischen oder anderen, für das Leben in Deutschland, wichtigen Themen leiten. Das Angebot der Teestube nehmen rund 20 – 35 Frauen wahr.

Eine bedeutende Rolle bei der Beratung von Familien und Jugendlichen mit Migrationshintergrund spielen die Jugendmigrationsdienste (Träger Diakonisches Werk) in Göppingen und Uhingen (JMD) in Zusammenarbeit mit der Migrationsberatung für Erwachsene (Träger Diakonisches Werk und DRK). Ziel der Beratung ist die Verbesserung der Integrationschancen in Bezug auf die sprachliche, schulische, berufliche und soziale Integration. Im Bereich Flüchtlingsarbeit betreut das Diakonische Werk Göppingen die ehrenamtliche Arbeit des Freundeskreises Asyl Göppingen, der 2011 sein 25-jähriges Bestehen feiert. Die Ehrenamtlichen engagieren sich für geduldete und anerkannte

Flüchtlinge, unbegleitete Minderjährige, Familien und Jugendliche und machen im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit auf die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern aufmerksam, beispielsweise im Rahmen der „Interkulturellen Wochen Göppingen“.

Neben dem Beratungsangebot werden verschiedene integrationsfördernde Projekte durchgeführt: Seit 2007 verfügen die beiden Migrationsfachdienste über einen internen Dolmetscherpool mit 28 Frauen mit Migrationshintergrund, die zurzeit alle in der Beratung relevanten Sprachen abdecken.

Seit 2009 bieten die Migrationsfachdienste des Diakonischen Werkes das interkulturelle Theaterprojekt „Global Players – Theater der Kulturen Göppingen“ an, in dem sich 2010 rund 100 Personen aus nahezu 30 Nationen mit und ohne Migrationshintergrund wöchentlich zu Proben trafen; davon waren ca. die Hälfte regelmäßig Teilnehmende.

Als Sprachförderprojekt betreiben die Migrationsberatungen von Diakonie und DRK, ebenfalls auf ehrenamtlicher Basis, das seit 2007 bestehende Konversationstraining „Deutsch im Bahnhof“ (DiBa) für Migrantinnen mit Deutsch-Basiskenntnissen.

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer des DRK bietet an verschiedenen Schulen in Göppingen und Geislingen ein ehrenamtlich geführtes Hausaufgaben- und Sprachförderangebot für Grund- und Hauptschüler mit Migrationshintergrund unter der Bezeichnung „GSGL – GEMEINSAM SPRECHEN GEMEINSAM LERNEN“ an. Dieses Angebot soll sukzessive ausgedehnt werden.

Der Jugendmigrationsdienst Göppingen startete 2010 und koordiniert seither ein erfolgreiches Nachhilfe-Projekt, in dem SchülerInnen mit Migrationshintergrund mit Hilfe Ehrenamtlicher kostenlose Einzelnachhilfe in verschiedenen Fächern angeboten wird. Ebenso werden kostenlose PC-Schulungen in Kleingruppen für junge MigrantInnen organisiert.

Die ökumenische „Aktion Rückenwind“, ein gemeinsames Projekt von Diakonischem Werk und Caritas, unterstützt benachteiligte Kinder. Die Arbeitsgruppe „Interkulturelle Elternarbeit“ des Bündnisses für Familie in Göppingen organisiert muttersprachliche Elternabende für türkische, griechische und italienische Eltern mit Informationen zum Schulsystem Baden-Württemberg, sowie zu Fördermöglichkeiten und zu weiterführenden Schulen. Für das Jahr 2011 ist ebenfalls vom Bündnis für Familie in Göppingen eine Sprachförderung, sowohl in Deutsch als auch in der Muttersprache, im häuslichen Umfeld geplant. In Geislingen wird mit gutem Erfolg das Projekt WinK (Werkstatt für interkulturelle Kompetenz in Geislingen) unter der Trägerschaft der Caritas durchgeführt. Es handelt sich dabei um ein „Bildungs-Cafe“, wo

sich insbesondere türkische Eltern, an der Schnittstelle zwischen Kindergarten und Schule treffen und Vorträge in türkischer Sprache zu pädagogischen Themen wahrnehmen können. Über die psychologische Beratungsstelle Geislingen der Caritas werden Beratungen auch in türkischer Sprache angeboten.

Die Gemeinde Salach organisiert gemeinsam mit der AWO während der Integrationskurse eine Kinderbetreuung und unterhält ein Sprachprojekt zur Einübung von Alltagssituationen, bzw. unterstützt Sprachförderung in Kindergarten und Schule. In Kooperation mit dem Deutsch-Türkischen Elternverband bietet die Gemeinde Salach eine Spielgruppe für ausländische Kleinkinder zur Vorbereitung auf den Kindergarten an.

In den Migrantenselbstorganisationen gibt es ernsthafte Bemühungen, ihre Mitglieder beim Erwerb der Muttersprache und der deutschen Sprache zu unterstützen, sowie Aufklärungsarbeit zu leisten. Neben Nachhilfeunterrichtsangeboten für Schüler werden Seminare für türkische Eltern angeboten, um ihnen Hilfestellungen bei Familienproblemen zu geben. Für Jugendliche werden Seminare in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter organisiert.

Im schulischen Bereich besteht grundsätzlich die Möglichkeit eines weiteren Ausbaus der Schulsozialarbeit. Dies ist ein Angebot, besonders auch für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund, konkrete Einzelfallhilfe in Problemlagen zu erhalten. Bestehende Hemmschwellen, die Angebote der Schulsozialarbeit in Anspruch zu nehmen, müssen abgebaut werden. Der Ausbau von Ganztagschulen im Landkreis könnte einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung im schulischen Bereich leisten und darüber hinaus eine sinnvolle Freizeitgestaltung bieten. Im Schuljahr 2010/2011 wurde die Anzahl der Vorbereitungs-klassen im Landkreis auf 30 erhöht.

Ein vielfältiges Angebot an Jugendhilfemaßnahmen für junge Menschen bis zum 27. Lebensjahr mit und ohne Migrationshintergrund bietet die BruderhausDiakonie (Jugendhilfen Deggingen). Insbesondere bei der Arbeit mit jungen Migranten haben die Mitarbeiter die Erfahrung gemacht, dass Angebote über eine gewisse „Struktur“ verfügen müssen, um erfolgreich zu sein. Wichtig in diesem Zusammenhang sind nach den Erfahrungen der Sozialarbeiter echte, menschliche Kommunikationsangebote, auch für „Kleinigkeiten“, an Orten die leicht zugänglich sind und sozusagen Bindeglied zwischen „Straße und Amt“ darstellen. Innerhalb des Projekts „Future“ wurde vom 01.01.2009 – 31.12.2010 die Aktion „Medienbüro – Vielfalt“ im Rahmen des lokalen Aktionsplanes zum Bundesprojekt „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ durchgeführt. Es entstanden unter



anderem Filme in gemeinsamer Arbeit mit dem türkischen Kulturverein Eisligen und dem alevitischen Verein.

Das Kreisjugendamt vermittelt ambulante Angebote der Hilfen zur Erziehung zur konkreten Unterstützung im familiären Umfeld. Daneben ist das Kreisjugendamt auch in zahlreichen weiteren Projekten involviert, wie aktuell in das Projekt „Achtung (+) Toleranz“. Dies ist ein Angebot für Schulklassen, bei dem sich die Schüler mit Begriffsdefinitionen auseinandersetzen und erfahren sollen, was man tolerieren kann und was nicht. Sie lernen in diesem Zusammenhang auch kennen, wie Vorurteile und Gerüchte entstehen.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Im Landkreis Göppingen gibt es zahlreiche Akteure, die sich mit Fragestellungen in den Bereichen Familie, Kinder, Jugendliche hauptberuflich oder ehrenamtlich befassen. Um die Arbeit im Landkreis in diesem Bereich weiter zu optimieren, sollte zunächst eine Bestandsaufnahme aller vorhandenen Angebote erarbeitet werden. Im Zuge dieser Bestandsaufnahme sollten die verschiedenen Akteure weiter vernetzt und die Aktivitäten verstärkt koordiniert werden. Dadurch könnte die Angebotsstruktur im Landkreis qualitativ weiter verbessert, effizienter gestaltet und durch neue Impulse ergänzt werden. Um junge Menschen mit Migrationshintergrund erreichen zu können, sind spezifische Kenntnisse für eine kultursensible Pädagogik erforderlich, die über praktische Erfahrung in Verbindung mit Fortbildungen erworben werden können. Möglichkeiten zum besseren Kennenlernen, Vorurteile abzubauen und gegenseitigen Respekt aufzubauen, bieten unter anderem gemeinsame Feste und Veranstaltungen. Solche gemeinsamen Begegnungen dienen vordergründig als Plattform, um bei Musik und Tanz ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig können solche gemeinsamen Veranstaltungen auch genutzt werden, um sich über ernsthafte Probleme zu informieren und um diese gemeinsam zu diskutieren.

(Vgl. HE 1-4 S.III-9)

## 5. Zusammenleben

### Allgemeine Aussagen

Das Thema Zusammenleben umfasst von der interkulturellen Öffnung über das Bürgerschaftliche Engagement und Vereinsleben bis hin zum Bereich Sicherheit verschiedene Lebensbereiche.

Zwei wichtige Bereiche der interkulturellen Öffnung stellen die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowie die Vermittlung von interkultureller Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar.

Beim Prozess der interkulturellen Öffnung handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe.

Die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Prozesses wird wie folgt beschrieben:

„Interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist keinesfalls ein Akt des guten Willens. Vielmehr ist sie in unserer durch Migration geprägten Gesellschaft eine Notwendigkeit und sollte zu einer Selbstverständlichkeit werden. Den Anstrengungen der Migranten müssen Veränderungen in der Aufnahmegesellschaft gegenüber stehen. Und diese werden vor allem durch die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes sichtbar. Darum geht es auch: Um ein Sichtbar machen und Umsetzen von Chancengleichheit und Anerkennung. Ein Denken in Defiziten sollte einem verstärkten Denken in Potentialen weichen.“<sup>9</sup>

Interkulturelle Kompetenz bedeutet, mit Angehörigen einer anderen Kultur so umgehen zu können, dass die Zusammenarbeit für alle zufriedenstellend verläuft.

Sie verbessert bei der täglichen Arbeit den Handlungsspielraum in der Kommunikation mit fremdkulturellen Gesprächspartnern. Dabei ist es notwendig, sich zunächst der Besonderheiten der jeweils eigenen Kultur bewusst zu werden; denn wer diese kennt, kann auch besser verstehen, wie andere darauf reagieren. Nach Alexander Thomas, Professor für Sozial- und Organisationspsychologie an der Universität Regensburg, der als Experte auf dem Gebiet der interkulturellen Kompetenz gilt, spricht man bei diesen Eigenschaften von sogenannten Kulturstandards aufgrund derer eigenes und fremdes Verhalten gesteuert, reguliert und beurteilt wird.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Rede von Christian Storr anlässlich der Tagung „Interkulturelle Öffnung. Eine Notwendigkeit in öffentlichen Veranstaltungen und Wohlfahrtsverbänden“ am 19. November 2009 in der Evangelischen Akademie in Bad Boll

<sup>10</sup> Alexander Thomas, Stefan Kamhuber, Sylvia Schroll-Machl: Handbuch interkultureller Kommunikation und Kooperation, Band 1 u. 2 Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007

Zum Bürgerschaftlichen Engagement wird folgende Feststellung getroffen: „In Baden-Württemberg hat das Bürgerschaftliche Engagement einen hohen Stellenwert. Über 42 % der Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit in sportlichen, kulturellen, caritativen oder sonstigen Einrichtungen. Daneben gibt es eine Vielzahl von Menschen, die sich in ihrer Nachbarschaft, in Schule und Kindergarten oder am Arbeitsplatz für andere einsetzen. Sozialer Zusammenhalt braucht die breit gefächerten Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Die Arbeit der vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen prägt in besonderer Weise das soziale Gefüge in unserem Land. Sie schafft die Voraussetzungen für gelingende Integration. Vor allem gemeinsames Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördert die gegenseitige Akzeptanz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“<sup>11</sup>

Zu den Grundbedürfnissen, aber auch zu den Grundrechten eines jeden Bürgers gehört ein Leben in Sicherheit. Die Bereitschaft sich als Migrant in eine andere Gesellschaft zu integrieren, aber auch die Bereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft, Teilhabe zuzulassen, hängt davon ab, wie der gegenseitige Umgang und das Zusammenleben durch die jeweils andere Seite empfunden wird.

Kompetente Integrationsarbeit ist gleichzeitig auch gelingende Kriminalprävention. Die Polizei engagiert sich sehr stark im Bereich der kommunalen Kriminalprävention. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf auffällig gewordene junge Menschen mit Migrationshintergrund gelegt.

Dabei fungieren Polizeibedienstete mit Migrationshintergrund oftmals als Brückenbauer oder Konfliktschlichter. Insbesondere das Beherrschen von Sprache und Kultur der auffällig gewordenen Migranten zeigt sich in der Praxis als wichtiger Beitrag zum Abbau von Barrieren. Aus diesem Grund wurden in Baden-Württemberg seit 2002 insgesamt 143 Bewerber mit ausländischer Staatsangehörigkeit für den Polizeidienst eingestellt; 32 von ihnen wurden später eingebürgert und 15 von ihnen sind wieder ausgeschieden.

---

<sup>11</sup> Integrationsplan Land Baden-Württemberg

## 5.1 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Qualifizierung und Weiterbildung

### Ausgangslage

Die Beschreibung der Ausgangslage bezieht sich auf Aussagen in der Diskussion der „Projektgruppe Integrationsplan“ vom 28.10.2010 und hebt auf die Situation innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Polizeidirektion Göppingen und des Landratsamts Göppingen ab.

Bei der Polizeidirektion sind aktuell keine Bediensteten mit ausländischem Pass angestellt. Erhebungen zu Personen mit Migrationshintergrund sind schwierig und wurden bisher nicht durchgeführt. Zur Zeit werden die Einstellungskriterien dahingehend überarbeitet, dass künftig gezielter Personen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewonnen werden können. Die Fortbildung in interkultureller Kompetenz ist schon seit langem fester Bestandteil in der Ausbildung der Polizeibeamten und damit auch im Lehrplan der Polizeihochschule verankert. Darüber hinaus haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, an dezentralen Fortbildungen im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Akademie der Polizei in Freiburg teilzunehmen. Eine Form, die interkulturelle Kompetenz auf örtlicher Ebene zu erweitern, ist der regelmäßige Kontakt der Polizei zu den Moscheen im Landkreis.

Beim Landratsamt Göppingen sind ca. 900 Mitarbeiter beschäftigt. Erhebungen zum Anteil der Personen mit Migrationshintergrund wurden bisher ebenfalls nicht durchgeführt. Von den rund 50 Mitarbeitern, die beim Hauptamt tätig sind, haben 5 einen Migrationshintergrund. In seiner Funktion als Ausbildungsträger beobachtet die Landkreisverwaltung in den letzten Jahren, dass sich vermehrt Personen mit Migrationshintergrund um einen Ausbildungsplatz bewerben. Für die Einstellung ist jedoch zunächst weniger der Migrationshintergrund, als vielmehr die fachliche Eignung und Sozialkompetenz ausschlaggebend. Innerhalb des Landratsamts kann bei Verständigungsproblemen mittels einer Fremdsprachenliste auf die Sprachkenntnisse der Mitarbeiter zurückgegriffen werden. Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz können über externe Anbieter, wie beispielsweise die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Baden-Württemberg, wahrgenommen werden. Migranten sind gefordert, durch den frühzeitigen Erwerb von Sprache, Bildung und einer entsprechenden beruflichen Qualifizierung die Grundvoraussetzungen für eine Einstellung im öffentlichen Dienst zu erwerben.

## Handlungsempfehlungen (HE)

Auf der 9. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 28.10.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus verschiedenen Ämtern und der Polizeidirektion Göppingen sowie verschiedenen Migrantenvetretern mögliche Maßnahmen zur weiteren interkulturellen Öffnung der Verwaltung im Landkreis Göppingen und zur Schulung der Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz diskutiert.

Für die geringe Zahl von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung gibt es vielfältige Gründe. Häufig sind keine oder zu wenige geeignete Stellenbewerber mit Migrationshintergrund vorhanden. Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, bereits im schulischen Bereich mit der entsprechenden Förderung zu beginnen, um später qualifizierte Bewerber zu finden. Gleichzeitig ist festzustellen, dass sich Migranten über die verschiedenen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu wenig informieren oder von Informationsangeboten gar nicht erreicht werden. Es sollte deshalb mit einer gezielten Werbung für diese Berufsfelder bereits in Klasse 7/8 begonnen werden. Seitens der Verwaltungen könnten hierfür auch die Berufsorientierungen an Gymnasien (BOGY-Praktika) genutzt werden und das beim Landratsamt Göppingen installierte Projekt LaRa-Live. Hierbei erhalten Schüler aller Schularten einmal monatlich einen Einblick in die Arbeit des Landratsamtes. Weiterhin besteht die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Migrantenselbstorganisationen, um Informationen einer größeren Anzahl von Migranten zukommen zu lassen. Regelmäßige Schulungen in interkultureller Kompetenz sollten ein fester Bestandteil im Fortbildungsprogramm jeder Verwaltung sein.

(Vgl. HE 1-5 S.III-10)

## **5.2 Bürgerschaftliches Engagement, ehrenamtliche Begleitung und Vereine**

### **Ausgangslage**

Die Beschreibung der Ausgangslage bezieht sich auf Aussagen innerhalb der Diskussion der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ vom 28.10.2010.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Personen mit Migrationshintergrund im Bürgerschaftlichen Engagement und in den klassischen Vereinen unterrepräsentiert sind.

Männliche jugendliche Migranten sind vorwiegend in Fußballvereinen aktiv; sofern es jedoch entsprechende Angebote ausländischer Vereine gibt, erfolgt oftmals eine Abwanderung der Jugendlichen zum kultureigenen Verein. Mädchen und junge Frauen sind in den Vereinen kaum vertreten. Für Familien mit Migrationshintergrund stellt teilweise auch die Höhe des Mitgliedsbeitrags eine Hürde dar.

Da Migrantenselbstorganisationen nicht immer auf eine gewachsene „Vereinskultur“ zurückgreifen können, gestaltet sich eine kontinuierliche Vereinsarbeit teilweise schwierig und bedarf der Unterstützung durch in der Vereinsarbeit erfahrene Personen. Die alevitische Gemeinde Göppingen achtet neben der Bewahrung der eigenen kulturellen Identität bereits auf eine Öffnung nach außen. Beispielsweise pflegt sie die Zusammenarbeit mit dem Integrationsausschuss der Stadt Göppingen, dem Göppinger Bündnis für Familie, dem Göppinger Frauenrat, mit politischen Organisationen und anderen Migrantenselbstorganisationen. Der dieses Jahr neugegründete Dachverband türkischer Vereine im Landkreis plant die Vernetzung mit deutschen Institutionen sowie eine gezielte Förderung türkischer Jugendlicher.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 9. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 28.10.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus verschiedenen Ämtern und der Polizeidirektion Göppingen sowie verschiedenen Migrantenvereinen mögliche Maßnahmen zum Themenbereich „Bürgerschaftliches Engagement und Vereine“ diskutiert.

Bürgerschaftliches Engagement findet als breitgefächertes Betätigungsfeld in vielen Lebensbereichen, wie z.B. Kindergarten, Schule, Vereinsleben und Altenhilfe statt. Bei der

Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis sollte von allen Seiten eine enge Zusammenarbeit mit den Migrantenselbstorganisationen angestrebt werden. Teilweise benötigen die Migrantenvereine Informationen und Unterstützung beim Aufbau und Führen ihrer Organisation.

(Vgl. HE 1,2 S.III-11)

Veranstaltungen der verschiedenen kulturellen Gruppierungen sollten für alle offen sein und so als Plattform dienen, sich besser kennen zu lernen und Kontakte auch für mögliche Kooperationen zu knüpfen. Zur Koordinierung der Vernetzung und interkulturellen Öffnung aller Vereine könnten Kommunen eine wichtige Funktion einnehmen.

(Vgl. HE 3,4 S.III-11)

Auf kommunaler Ebene sollte auf eine räumliche Vernetzung von sozialen Angeboten für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sowie auf eine noch intensivere interkulturelle Öffnung der politischen Gremien geachtet werden. Schließlich sollte versucht werden, vorhandene finanzielle Barrieren abzubauen, um allen Familien, unabhängig von deren Einkommen, eine Beteiligung am Vereinsleben zu ermöglichen. Dies könnte einen beachtlichen Beitrag zur Integration leisten.

(Vgl. HE 5,6,7,8 S.III-11)

### **5.3 Sicherheit**

#### **Ausgangslage**

Die Beschreibung der Ausgangslage bezieht sich auf Aussagen innerhalb der Diskussion der „Projektgruppe Integrationsplan“ vom 28.10.2010.

Die Sicherheitslage im Landkreis Göppingen wird wie folgt beschrieben:

In den letzten 9 Monaten wurden im Landkreis Göppingen rund 7000 Straftaten registriert. Der Anteil von Ausländern an den Tatverdächtigen beträgt ca. 25%; davon entfallen rund 2/3 auf Erwachsene und rund 1/3 auf Kinder und Jugendliche. Im Vergleich zum Zeitraum 2007 – 2009, sind keine wesentlichen Veränderungen festzustellen.

Im Bereich der Polizeidirektion Göppingen wird im Rahmen der Kriminalprävention auf Vernetzungsarbeit insbesondere mit den Schulen großer Wert gelegt. Es werden Informationsveranstaltungen an Schulen zum Thema „Kids-Online“ durchgeführt. Weiterhin finden regelmäßig in den Klassen 3 und 4 Fahrradkurse statt. Im Arbeitskreis „Verein

sicherer Landkreis“ sind Migranten bisher nicht vertreten. Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Landkreis Göppingen keine großen Sicherheitsdefizite bestehen.

### **Handlungsempfehlungen (HE)**

Auf der 9. Sitzung der Projektgruppe „Integrationsplan Landkreis Göppingen“ am 28.10.2010 wurden gemeinsam mit Fachleuten aus verschiedenen Ämtern und der Polizeidirektion Göppingen sowie verschiedenen Migrantenvertretern mögliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Sicherheitslage herausgearbeitet.

Im Vergleich zum Ausländeranteil von rund 12% im Landkreis Göppingen fällt der Anteil von ausländischen Tatverdächtigen mit rund 25% überdurchschnittlich hoch aus. Eine Verbesserung der Situation könnte eventuell durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen und deren Öffnung erreicht werden. Bewährt hat sich auf kommunaler Ebene die Bildung von runden Tischen „Gewaltprävention“ in Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen. Insgesamt sollte die Präventionsarbeit im Landkreis unter der Einbeziehung weiterer Akteure verstärkt werden.

(Vgl. HE 1-3 S.III-12)